Es bleibt nur noch Mord, und auch mit den Neuformungen der Reichszentrale des Spartakusbundes zu der unbefriedigenden Aufgabe einer mitzählenden Kraftprobe zwischen Reichswehrgeschützen und einem unbeteiligt stehenden, kommunistischen Arbeiter zu beschäftigen, wenn sich es nun widerstreitet, unser knapp bemessenes Papier dafür zu verschwenden. Jene Bestialitäten, die es u. a. jetzt gewagt haben, über Hölz in einer Weise zu urteilen, die das Urteil jedes militärischen Standgerichts über den Gesichteten im voraus sanktioniert, wünschen durch die von ihnen beliebte Wendung „die in Berlin noch existierende Gruppe der Kommunistischen Arbeiter-Partei" die Ansicht zu erwecken, als sei die K. A. P. D. ein einflußloses, zahlenmäßig verschwindendes Parteigebilde. Nun, die K. A. P. D. stellt die Mehrheit der „geeinigten" KPD. dar. Als der Spartakusbund die Opposition gegen parlamentarische und gewerkschaftliche Opportunitätspolitik aus seinen Reihen sagte, als die größten und bedeutendsten Industriegruppen ausgeschlossen wurden, fragte beispielsweise der „Vorwärts", was denn noch übrig Liebe von der KPD. Es blieben übrig etwa 10000 Proletarier, die um des durch Liebknecht, Rosa Luxemburg und Wakring teuer gewordenen Namens noch bei der Stange blieben, ein Klüngel von Akademikern und Literaten, deren Stellung aus der Parentheses des Parteinamens erhält, ein Trotz von redendem und schreibendem Angestellten und eine sehr leistungsfähige Kasse. Und es blieb übrig das ungeheuerlich große Geschick, die Reichszentrale des Spartakusbundes als die maßgebliche, die richtende und urteilende Instanz über die kommunistische Bewegung in Deutschland der deutschen Oeffentlichkeit vorzutäuschen.

Zum Kapitel: Seelenverwandtschaft.

Die „Rote Fahne", das Zentralorgan des „Spartakus"-Bundes protestiert entrüstet gegen die Behauptung des „Vorwärts", daß die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands den linken Flügel der K. P. D. (Spartakusbund) gespaltet hätte. Sie haben recht mit ihrem Protest. Die Frage, ob rechts oder links vom Spartakusbund, ist gegenstandslos, da dieser nach der welterschütternden Feststellung Levi's, das deutsche Proletariat sei nicht reif für die Diktatur, rechts von der U. S. P. angelangt ist. Wem es indes Vergnügen macht, zwischen uns und dem Spartakusbund eine Parallele zu ziehen, der wird über die für politische „ABC"-Schützen vielleicht interessante Fragestellung hinaus, ob rechts oder links von Levi und Pieck, den Gedanken formulieren müssen zu der Alternative: Sozialreform oder Revolution? Und da weiß heute jedes Kind, wo wir stehen.

Wenn weiterhin die Spartakusleute unsere angebliche Seelenverwandtschaft mit den Ludendorff, Kapp und Konsorten erneut konstatieren zu müssen, für angebracht hatten, so sind sie wohl das Opfer einer Verwechslung geworden. Von der Ideologie eines Ludendorff sind die Levi und Konsorten nur insofern verschieden, als sie das System persönlicher Verleumdungen und Verdächtigungen im Interesse ihrer eigenen Person zur Anwendung bringen, während die Ludendorff'schen Methoden immerhin, so niederträchtig sie an sich gewesen sein mögen, nur aus dem Rahmen der von jenen betriebenen imperialistischen Gesamtpolitik zu bewerten sind. In einem aber sind sich beide einig: In der absoluten Mißachtung des Massenbewußtseins und Massenwillens. Diktatur über die Massen: das ist der Punkt, in dem sich beide verstehen. Im Übrigen bestand unsere „Seelenverwandtschaft" mit den Ludendorff, Kapp und Konsorten darin, daß wir am 13. März die Parole ausgaben: Kampf gegen die Militärdiktatur bis zur Errichtung der Diktatur des Proletariats, während die Leitrede des Spartakus-Bundes (auf Wunsch werden wir es schwarz auf weiß beweisen) in den ersten Putschtagen es ablehnte, sich an der Aktion zu beteiligen, mit der Begründung, daß das Proletariat nicht aktionsfähig wäre und man (der Spartakus-Bund) abwarten müßte, bis die Militärdiktatur ihr wahres Gesicht enthüllt hätte. Wie die Zentrale des Spartakus-Bundes sich gegenüber den im Kampfe mit den wettgarstigsten Bestien stehenden Arbeitern des Ruhrreviers benommen hat, wie sie die kämpfenden Brüder im Stiche gelassen und ihre „Loyalität" gegen die Regierung Ebert-Müller durch Verhandlungen mit diesen Schurken bewiesen hat, das ist ein Maß von Seelenverwandtschaft mit der gesamten Konterrevolution, daß man nur die diesem würdigen und sachlichen Ergüsse der Spartakus-Leute zu zitieren braucht, um dem deutschen Proletariat ein photographisch genaues Bild der politischen und moralischen Verwahrlosung des jetzigen Spartakus-Bundes zu geben. Der deutsche Bürger aber kann getrost schlafen. Der Name „Spartakus" schreckt ihn nicht mehr.

Aus der Partei.

Berlin für die K. A. P. D.

Die am 16. April abgehaltene Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Berlin der KPD. entschied sich mit Zweidrittel-Mehrheit für den Austritt aus der KPD. und den Anschluß an die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands. Der Beschluß wurde nach Referaten eines Vertreters des Wirtschaftsbezirks Berlin der K. A. P. D. und eines Vertreters der KPD., der aus dem Ruhrgebiet kam und über die Vorgänge während des Kampfes dort sprach, sowie nach eingehender Aussprache gefaßt. Die Resolution, die den Uebertritt zur K. A. P. D. erklärte, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Mitgliederversammlung ist der Ansicht, daß die Periode des kapitalistischen Zerfalls, in der Deutschland sich befindet, und die zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft zwingt, die parlamentarische Betätigung verbietet und die ausschließliche Anwendung proletarischer revolutionärer Klassenkampfmittel erfordert. Sie lehnt die parlamentarische Betätigung ab, unterwirft sich nicht den entgegengesetzten, von reformistischen und opportunistischen Tendenzen getragenen Beschlüssen der KPD. (Spartakusbund), zieht die Konsequenzen aus dem Schlußpassus der Heidelberger Leitsätze und erklärt ihren Uebertritt zur Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands."

Gothaer.

Am Freitag den 9. April sprach hier Genosse Wolffstein in einer trotz miserablen Wetters sehr gut besuchten Versammlung über: Weltkrieg und Weltrevolution. Nach seinen zweistündigen, beifällig aufgenommenen Ausführungen liefen trotz mehrfacher Aufforderung zur Diskussion keine weiteren Wortmeldungen ein. Eine Tellersammlung, die 105 Mark ergab, wurde der Hamburger Organisation für den Preßfond überwiesen.

Wilhelmshaven.

Am 9. April tagte hier eine gut besuchte Versammlung, in welcher der Genosse Geiger ein Referat hielt über die Notwendigkeit der am 4. und 5. April in Berlin beschlossenen Gründung der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands. Nachdem der Redner die historisch bedingte Entstehung des Spartakusbundes geschildert, zeigte er an Hand der Geschehnisse, daß im Spartakusbunde eine Führerrichtung emporgekommen sei, die zurück in die alten sozialdemokratischen Bahnen dränge. Das Fortschreiten der Revolution aber schalte das Berufsführertum gänzlich aus. Die Arbeiter werden sich selbst befreien, wenn aus ihrer Mitte die Führer emporsteigen, welche die Revolution hochträgt.

In der Diskussion sprach zunächst Jannack-Bremen. Er warnte vor weiterer Zersplitterung der Arbeiterbewegung.

Zwei Wilhelmshavener Genossen traten ihm entgegen und legten dar, daß dieser Entwickelungsprozeß in den Organisationen von der Revolution selbst durchgeführt werde. Der Weg, den der Spartakusbund gehen will, führt von der Revolution zur Reform, zur Verneinung der Revolution.

Uebrigens nehmen es die Bremer Kommunisten garnicht so ernst mit der Einigkeit der Arbeiterbewegung. Ihre Aeußerungen in der bekannten Pressekommissionssitzung in Hamburg beweisen es. Die Bremer Führer wollen weiter nichts, als einen Boden schaffen, auf dem sie sich mit der Berliner Zentrale einigen können. Dann steht ihnen das Geld der Zentrale wieder zur Verfügung und dann — mögen sich die Arbeiter die Revolution fortdenken. H. Trost.

Sowjetrußland und die kapitalistischen Haifische.

Die entrüstete Bourgeoisie erklärte zwei Jahre lang, aus sittlichen Motiven, aus Gründen der Moral, keine Geschäfte mit Sowjetrußland abschließen zu wollen. Nun wurde sie eines besseren belehrt, sie sah, daß man in Sowjetrußland verdienen kann und da Geld bekanntlich nicht stinkt, projektierten sie große Geschäfte. In Berlin und Paris haben sich Bankjunditate gebildet, die in Rußland Waren verkaufen wollen. Der Rubel steigt. Aus Rom fuhr eine Handelsmission nach Odessa. Auch die Schweden haben den Russen alle möglichen Geschäfte vorgeschlagen, sie wollten besonders schlau sein und verlangten von dem Sowjetvertreter die Aufhebung der Beschlagnahme der schwedischen Vermögenschaften. Der Sowjetvertreter verweigerte aber rundweg die Erfüllung dieses Wunsches.

Als der Gesandte Rußlands, Krassin, nach Stockholm kam, wurde er von einem ganzen Rudel von Schiebern, Bankdirektoren und Finanzmagnaten empfangen, die sich sehr „optimistisch" über Sowjetrußland äußerten.

Es ändern sich die Zeiten und die Händler machen sogar mit den roten „Kommunisten" Geschäfte, wenn sie nur können.

Aus Groß-Berlin.

Funktionär-Versammlung.

Am Sonntag, den 18. April fand nach längerer Unterbrechung wieder eine Funktionär-Sitzung des Bezirks Groß-Berlin statt. Die Zentrale erstattete Bericht über den Verlauf des Gründungsparteitags und über ihre Tätigkeit seit der letzten Funktionär-Versammlung. In der sehr ausführlichen Debatte wurde von mehreren Rednern gerügt, daß die Berliner Zentrale während des letzten Vierteljahres nicht oft genug Funktionär-Versammlungen einberufen habe, andere Redner erkannten an, daß unter der Noske-Herrschaft die Illegalität der Parteiarbeit aufs strengste gewahrt werden mußte. Gewünscht wurde ein systematisches Durcharbeitendes Referentenwesens, häufigeres Erscheinen der Presse und für die Dauer der legalen Arbeitsmöglichkeit engstes Zusammenarbeiten mit der Mitgliedschaft. Sehr kritisiert wurden verschiedene Maßnahmen des Exekutiv-Komitees, in dem bekanntlich Vertreter der K. A. P. D. und U. S. P.-Organisationen fehlen. Ueber die Nützlichkeit der Parole „Bildet die Rote Armee" war man geteilter Meinung. Die Zentrale wies darauf hin, daß, wenn auch von einem ernsthaften militärischen Wert der Roten Armee in Berlin nicht die Rede sein konnte, die Einzeichnung von 80 000 Berliner Arbeitern in die Werbeliste doch bewirkte, daß große Truppenmengen, die für den Abmarsch nach dem Ruhrgebiet bereitgehalten waren, in und um Berlin festgehalten wurden. Schon die bloße Parole der Roten Armee bedeutete eine Hilfe für die Arbeiter im Ruhrrevier. Rege besprochen wurden die Vorgänge während der Spartakus-Versammlung in der Hasenheide und der Artikel „Verbrecher an der Revolution" in der „Roten Fahne". Nachdem die Berliner Zentrale eine Aufklärung über den Fall Kahlert gegeben hatte (die näheren Angaben finden sich an anderer Stelle dieses Blattes) und erklärt hatte, daß sie sowohl wie die Zentralleitung im Fall Trebitsch-Lincoln vollkommen ahnungslos seien, forderten die Diskussionsredner schärfstes Auftreten gegen den Führerklüngel des Spartakusbundes. Die Zentrale warnte eindringlichst davor, Versammlungs-Sprengungen oder Tätlichkeiten, wie sie leider vorgekommen sind, zum System werden zu lassen; Leute, die derart unglaubliche Dummereien, wie die Lüge von der Verschwörung zwischen Kappisten und der K. A. P. D. in die Welt setzen, seien am Ende ihres Lateins, könnten sich, gestützt auf ihren Geldsack zweifelhafter Herkunft, noch eine Weile halten und würden dann verschwinden.

Die Versammlung wurde nach 6stündiger Dauer vertagt.

Revolutionäre Betriebsorganisation.

In einer am Sonntag, den 18. April, stattgefundenen Versammlung der gesamten Angestelltenschaft der Konsumgenossenschaft für Berlin und Vororte wurde nach dem Referat eines unserer bekannten Genossen der Beschluß gefaßt, daß neben den Gewerkschaften auch die Revolutionäre Betriebsorganisation als Organisationsform für die Angestellten der Konsumgenossenschaft anerkannt wird. Es ist dies deshalb bemerkenswert, weil bis dato für die Angestellten der Konsumgenossenschaft die Gewerkschaften die anerkannte Organisationsform waren.

„Die Begeisterung ist grobartig . . . ."

Die Münchener unabhängige Zeitung „Der Kampf" veröffentlicht folgenden Brief:

Wilnschenhafen (zwischen Hamm und Dortmund), 2. April 1920.

Liebe Schwestern und Kranken!

Bin nun endlich bei meiner Kompanie. Gestern vormittag kam ich zu meiner Kompanie und nachmittags 1 Uhr machten wir den ersten Sturm. Wenn ich Die alles schreiben würde, so würdest Du sagen, das sind Sprüche. **Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch.** Die Begeisterung ist grobartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote; die Roten haben 200—300 Tote. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit **dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch eine Kugel.** — Ich dachte tatsächlich während des ganzen Gefechtes an nichts mehr als an Eure Schwestern von Station A. Das kommt nämlich daher, das wir auch **zehn Rote-Kreuzschwestern sofort erschossen haben, von denen hatte nämlich jede eine Pistole bei sich.** Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder; und wie diese geweint und gebeten haben; aber wer mit der Waffe getroffen wird, der ist unser Gegner und der muß dran glauben. **Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel edler.** — Wie geht es sonst im Lazarett?

Die Beölkerung sieht uns alles; in den Wirtschaften werden oft 20—30 Mann freigehalten.

Meine Adresse ist: Oberjäger Max Zeller, Student, 11. Kompanie, Brigade Epp, Post Rahrn (Westfalen).

Verantwortlicher Redakteur: Pfaff, Berlin. Druck: J. P. Ludwigsen, Verlag: Willerfeld & Co., beide in Hamburg.

Nummer 93 — Kommunistische Arbeiter-Zeitung — Preis 20 Pfennige

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin — Herausgegeben vom Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die Zeitung erscheint in zwangloser Folge. Bezug wöchentlich erfolgt durch die Zahlstellen der Partei. | Berlin, Donnerstag, 6. Mai 1920 | Anzeigenpreis: Millimeterzeile 1 Mk., Stellen- und Mietgesuche 80 Pfg. Anzeigen werden nur gegen Vorausbezahlung der Zeile.

Sie gehen nicht nach Moskau, sie gehen nach Spaa.

Berlin, den 30. April 1920.

Wenige Tage vor dem Kapp-Putsch erschien ein Manifest des Obersten Rates über die Deutschland einzuhaltenden internationalen Rechte, die Deutschland wie sklavisch unterzeichnen sollten, seinen tributären Verpflichtungen gegenüber dem Entente-Kapital gerecht zu werden. Der „Vorwärts" war außer sich vor Freude. Er pries in begeisterten Worten die „organisierte gegenseitige Hilfe-Gesellschaft" und nannte das Manifest das „wichtigste Dokument der europäischen Geschichte". Kommentare der französischen und englischen Presse zu diesem wichtigsten Dokument der europäischen Geschichte besagten, daß man plane, Deutschland einen internationalen Kredit von etwa 30 Millionen Goldmark eingeräumen, was nach dem Stand der Valuta, bevor Kapp und Genossen sie mit Erfolg attackierten, etwa 600 Milliarden geltender Reichsmark entsprochen hätte. Davon sollten mehr als die Hälfte auf die deutschen Entschädigungspflichten gutgeschrieben werden. Man wollte Deutschland von der vertraglichen Zahlung der Entschädigungssumme selber entbinden, ihm dafür aber die Verzinsung der ungeheuren Summe in schätzungsweisen Beträgen von 50 Milliarden Reichsmark jährlich auferlegen. Dieser erstickten Last sollte gerade werden eine zu erwartende Steigerung der deutschen Produktivkraft vermittels einer Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Lebensmitteln, für deren Bezug ein Drittel der ausgeworfenen Milliarden in Aussicht gestellt wurde.

Der Kapp-Putsch kam und fiel, das Manifest des Obersten Rates in Vergessenheit geraten. In Genua aber ging die Entente-Bourgeoisie daran, dem klassisch ignorant das Versäumte Versäumte jetzt nachzuholen. Man verabschiedete am 24. April u. a. folgende Abkommen:

1. Die Verbündeten werden sich bei ihrem zur Verfügung stehenden Mittel auf die Entwaffnung Deutschlands entsprechend den Bestimmungen des Vertrages von Versailles bringen.
2. Das Ersuchen Deutschlands um Erhöhung seiner Heeresbestand auf 200 000 Mann wird, ebenso wie die von Deutschland geforderte schwere Artillerie und der Flotten, abgelehnt.
3. Deutschland erhält die Genehmigung zu einer Verstärkung seiner Polizeitruppen. Die Entente behält sich jedoch das Recht einer jährlichen Kontrolle über die Tätigkeit und die Bestandziffer der deutschen Polizeitruppen vor.
4. Deutschland erhält Vorschüsse in Gestalt von Geld und Rohstoffen, um seine Industrie in Gang setzen und so seine jährlichen Verpflichtungen decken zu können.

Gleichzeitig beschloß man in Genua, den deutschen Reichskanzler aber einen anderen Vertreter zu einer Konferenz mit den alliierten Ministerpräsidenten nach Spaa zum 26. Mai einzuladen. „Ein Erfolg der Vernunft", jubelt der „Vorwärts", und er willkommt die Einladung nach Spaa als Erfolg der SPD. Die Spaa wird der Schauplatz der Allianzfahrten werden, wie und wo die Hyänen lauern sollten — „ein großer Erfolg der Politik unserer Partei", jubelt der „Vorwärts". Es kommt Spaa ist der Erfolg der Politik der Ebert-Noske. Zwischen Spaa und der Nationalversammlung liegen 19 Tage. Zeit genug, um das jetzt schon feststehende Ergebnis der Aussprache zwischen Herrn Millerand und den Vertretern der Entente-Bourgeoisie in den Mund zu legen, um die Bevölkerung Deutschlands zu einer Propaganda anzustimmen, um die Bevölkerung Deutschlands zu ein Paradiesel des bewährten Fortschritts und des sozialistischen Fortschritts zu umgaukeln. Die „revolutionären" sozialdemokratischen Sozialisten haben jetzt an Ort und Stelle, wo sie hinkommen werden, auch schneller in ihrem Wirken und Walten, als das unter den letzten Hohenzollern der Fall war.

Mit Spaa wird die Orientierung nach Westen wieder und mit besonderem Enthusiasmus vorgenommen. Das heißt wie eine Kundgebe im Spaa. Ein Staat, der in der ganzen Nachkriegsentwicklung sich den imperialistischen Kapitalgruppen zu Kreuzen, den die Stelle eines [illegible] geschlagen worden ist, dessen Wirtschaft alle Kennzeichen einer Periode des kapitalistischen Verfalls aufweist, wendet nicht etwa ab von dem Gegner, an dessen Pfeife er gekrochen ist, sondern begeht, noch jener eingeschlagenen Weg zu gehen in diesen beklagenswerten System. Die Entente-Bourgeoisie braucht die Unterwerfung Deutschlands, braucht die Knechtschaften der deutschen Produktivkraft auf Generationen hinaus, braucht eine Millionen-Armee verdummter deutscher Proletarier, braucht den Niedgang der deutschen Produktivkräfte, braucht die deutsche Konkurrenz und die deutschen Transportmittel, weil sie nur so ihr Ausbeuter-Dasein fristen kann. — eine Regierung, die, wenn man gegen sie den Boykott des gesamten Hochverrats erhoben, moralisch mit allen Parteiwitteln auftreten würde, überzeugt ist, die Bedürfnisse der Entente-Bourgeoisie zu befriedigen.

Das erwähnte Manifest des Obersten Rates wird in Spaa wahrscheinlich eine Grundlage der Verhandlungen bilden.

Wäßen die Entente Rohstoffe in Mengen nehmen will, daß die deutsche Wirtschaft die Schadensersatzpflicht des Landes bei gleichzeitiger Befriedigung sämtlicher Lebensbedürfnisse der Bevölkerung garantieren würde, wissen wir nicht. Wir wissen, daß solche Rohstoffe in Deutschland lagern, daß ihre Verarbeitung eine Frage des Transports ist, die leichter von Deutschland aus, von anderer Seite zu lösen wäre, wir wissen, daß, wenn mit Hilfe der Entente die russischen Grenzsperren geschlossen werden, wir diese Rohstoffe aus greifbarer Nähe, d. h. verzinsen, bekommen werden.

Rohstoffe und internationale Kredite aber wird man Deutschland auch nicht auf blauen Dunst hin, auch nicht auf die sozialdemokratischen Versicherungen, die deutschen Arbeiter arbeiten zu lassen für zum Zusammenbruchen, gewähren, sondern nur gegen bestimmte Pfänder. Wie man sich das denkt, darüber enthüllen Pressestimmen um. Man denkt an die Verpfändung der Eisenbahnen, und Postbetriebe, die Verpachtung der Bergwerkbetriebe ist immer eine Kleinigkeit, man nimmt aus Eisenbahn und Postbetrieb die Einnahmen und verwendet sie zur Bezahlung der Zinsen und Tilgung der Kredite, und ein Kontrollamt, das das Staat als eine verkappte Maßregelung ansieht, wird eingerichtet werden können, gegen die's Produktions-Elemente aber in die unglaublichen Plänen der Entente-Bourgeoisie. Der Sieg der imperialistischen Gruppen der Entente erscheint in der Geschichte der Kapitalentwicklung als die unmittelbare Konsequenz der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel der Wirtschaft in Hinsicht [illegible] Produktivkräfte des deutschen Proletariats, ist der siegreiche Kampfes gerichtet. Auf deutschen Boden müssen zurzeit die Kämpfe zwischen der Entente-Bourgeoisie, gestützt Kapital und Arbeit ausgefochten werden. Es werden durch Kämpfe der Ideen bleiben, bei denen die Haut fall bleibt; eine bewaffnete Klasse läßt sich zur Verteidigung ihrer Vorrechte nicht durch das [illegible] Opfern schlachten lassen, es werden [illegible] sein, wie sie eine unbewaffnete Klasse, die über [illegible] Organisationen verfügt, in Blut und Kindermord [illegible] über den ihrem Wohlleben drohenden Untergang zu [illegible] fällt und wie sie eine unbewaffnete Klasse um der Erhaltung und Sicherung ihrer elementaren Rechte hinschlachtet.

Die Kapp- und der „Nationalbolschewismus".

Die fortgesetzten Verleumdungen des „Spartakus-Bundes" über angebliche Verbindungen mit Kapp-Leuten und sonstigen konterrevolutionären Gesindel zwingen uns zu folgender Feststellung:

Seine Mitglieder der KPD. hat mit Militärkreisen, [illegible] Pläne verbunden. Der dem Genossen Rosenfeld über unseren Willens Feinde Partei angeblich unternommene Versuch, den Kontakt des Bezirks Groß-Berlin zur Reichszentrale an der bekannten Anstellung im Reichsministerium zu bewerkstelligen, ist von der einstimmigen Ablehnung des gesamten Vorstandes gescheitert. Die Parteiabteilung der KPD. ist überzeugt nicht von Beteiligung an irgendwelchen Verschwörungen erfaßt worden. Ein Teil eine [illegible] bisherige grundsätzlich abfällige Haltung einzunehmen wie unsere Berliner Genossen. Wenn die Zentrale des Spartakus-Bundes jetzt versuchen sich die [illegible] Halbfaschisten ihrer Lügen und Verleumdungen vor aller Oeffentlichkeit herauszuziehen, mit Namen herauszuziehen beginnt und bei dieser Gelegenheit Herrn Hilbert Fischer [illegible], so erklären wir, daß Herr Fischer niemals der KPD. angehört hat.

Wir erklären ferner die Behauptung der „Spartakus"-Zentrale, daß die Genossen Rosenfeld und Wolffstein mit Herrn Reichskanzler Bauer in Verbindung gestanden hätten, für eine niederträchtige Verleumdung. Wir wissen, daß Hamburger Genossen [illegible] bis im Gegensatz zur SPD. und USPD. nicht auf Seiten Bauers verhandelt haben. Bauer wird sich auch [illegible] die schmählichste Duselei über das Verhalten der Hamburger S. A. D. P. [illegible]. Es sind das alles bewußt falsche Behauptungen, mit denen die „Spartakus"-Zentrale gegen uns operiert.

Der Parteitag erklärte, daß [illegible] KPD. [illegible] Die Kapp-Putsch [illegible] Politik [illegible] Kampfes [illegible] Kapitalismus [illegible] Weltrevolution [illegible] Kampf bis zur Vernichtung.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands.
Für [illegible]
J. A.: Schumann. Friedrich Geschke.

Politische Rundschau.

Von dem Reichstag Reichsministerbruch.

Der Finanzminister Dr. Wirth hat in der Sitzung der Nationalversammlung vom 30. April erklärt: „Die Gesetze der finanziellen Zusammenbruch ist in bedenklichen Nähe gerückt". Das Kapitel dieses Pfeiles der Geschichte der Kapitalentwicklung [illegible] Gesetzes der Kapitalentwicklung [illegible] Gesetz: „Die Grenzen seiner Reichsfähigkeit — bei [illegible] — [illegible] Die Aufgabe des Kapitalismus [illegible] Wirtschaftsleben [illegible] Gesetzes [illegible] Herrn Wirth. [illegible] Gesetz [illegible] Wirtschaftsleben [illegible] Kapitalismus [illegible] Gesetzes

[illegible] Deutschen Reichstag [illegible] gewählten Kommunisten [illegible] Verhandlungen [illegible] gegenwärtigen. Der Bericht [illegible] erstattete als primitive Spielerei, die angefertigt war, um der [illegible] Kommunistischen Arbeiter-Partei etwas am Zeuge flicken zu können. Sofort nach Erscheinen des Berichts leitete das „Berliner Tageblatt" mit seinem Feldzug für Deutsche Interessen den Beschuß auf die KAPD. Wir wissen, daß allerdings in Mitteldeutschland Spitzel am Werk waren, um die Arbeiterschaft zu Putschen zu verleiten. Daß unsere Partei besonders Vorbereitungen in Anspruch nehmen mußte, um zu verhüten, daß es der KAPD. zu danken war, wenn die Arbeiterschaft vor dem gefährlichen Einfluß solcher Putschpläne geschützt wurde, außer dem auch eine Person aufmachte, die noch vor einigen Monaten in bedenkliche Nähe eines Mitgliedes der Spartakus-Zentrale gerückt wurde. Die Parteileitung ist augenblicklich damit beschäftigt, festzustellen, welcher Art die wiederum gelungene Verbindung zwischen den Putschplänen in Mitteldeutschland und jenem Herrn Trotitsch-Lincoln war, zu dessen Vertretern der Spartakusbund Beziehungen unterhielt.

Die Auslandspolitik der USP. oder die unwahrscheinliche Möglichkeit.

Daß USP.-Parlamentarier eine auffällige Neigung haben, der französischen Bourgois-Regierung und ihren militärischen Willensvollstreckern die Stiefel zu lecken, ist seit längerer Zeit offenkundig geworden. Sie hegen tief im Busen die wunderherrliche Hoffnung, ihre salamiehafte Haltung gegenüber dem Ententeraub und seinen Ueberwachungskommissionen werde die große Verbrüderung zwischen der Kapitals-Entente und einem USP.-Rätz-Deutschland mit parlamentarischen Mitteln bringen. Gemäß dieser geradezu Orientierung in Sachen auswärtiger Politik beschwerte sich Henke in der Nationalversammlungssitzung vom 27. April darüber, daß die Ausführung Deutschlands nicht in der von der Entente vorgeschriebenen Weise war, daß sie gegen, beschwerte sich darüber, daß die Kohlen- und Schiffslieferungen nicht innegehalten wollten, was aufgeregt darauf hin, daß man bei Schleifung der Festungen die Bedingungen nicht gestellt, um später einmal möglichst schnell wieder Festungen aufbauen zu können. Geschütze seien nicht abgeliefert worden, das Kriegsmaterial sei noch nicht zerstört worden. Im Auslande hätzt man über diese Anbeiderei, die der Zweck hat, die USP. als den einzigen zuverlässigen Garanten des Friedensvertrages erscheinen zu lassen. In ihrer Haltung gegenüber dem Problem des Versailler Vertrages unterscheidet sich die USP. in nichts von der SPD., nur daß sie noch stundenlaut in Erscheinung tritt als bei der Partei der Sozialverräter.

Liste Berlin.

Es ist ein Jammer, zu sehen, wie in den Mitgliederversammlungen und privaten Aussprachen der Arbeiter, die man für den Spartakusbund eingefangen hat, das politische Interesse sich auf die naive Frage konzentriert: Wieviele von den 14 Gaßen der Liste Berlin kriegen wir in den Reichstag? Hier nochmals die Liste der Unterschlüßler: 1. Mara Berlin (Stuttgart), 2. Paul Bei (Berlin), 3. Wilhelm Pieck (Stettin-Berlin), 4. Paul Lange (Landshut), 5. Ernst Meyer (Stettin), 6. Hugo Eberlein (Markersdorf), 7. Fritz Heckert (Chemnitz), 8. Rosi Wolffstein (Berlin), 9. Otto Franke (Mannheim), 10. Fritz Müngutz (Neukölln), 11. Max Fickel (Neukölln), 12. Hermann Müll (Berlin), 13. Bruno Peters (Charlottenburg), 14. Jakob Walcher (Stuttgart). Der Wahlaufruf wendet sich „An die deutschen Wähler", was unser Hamburger Bruderblatt zu folgenden Bemerkungen veranlaßt: „Bisher hat der Spartakusbund behauptet, daß nur das deutsche Proletariat für ihn in Frage käme und daß „das deutsche Volk" ein Hirngespinst Hamburger Oberwanz sei. Jetzt, wo es sich darum handelt, Stimmen zu fangen, ist es ihm gleich, woher die Stimmen kommen. Dumme werden sich ja schließlich in allen Schichten der Bevölkerung finden — und in der wählenden Bevölkerung sogar eine große Partion. Deshalb also wendet sich jetzt Spartakusbund „An die deutschen Wähler". Aber selbst die Dummheit sollte sich überlegen, ob sie einer Politikanten-Clique, deren moralische Qualitäten sich gerade in diesen Tagen in dem hahnebüchenen Schwindel über Verhandlungen der KAPD. mit Kappisten offenbart haben und die auch im Auslande nachdenkliche Betrachtungen ausgelöst hat, ihre Stimme schenken will.

Die Jugendinternationale protestiert gegen die spartakistische Korruption im Z. C. der 3. Internationale.

Die Entrüstung über den Meineidsverbrecher, den der Verl in seinem Spartakusbund als auch im sogenannten Westeuropäischen Sekretariat der 3. Internationale zur Verwirklichung der KAPD. vom Stapel gelassen hatte, durfte nicht über sich hinwegsehen, daß dieser Riesenschwindel der Anfang vom Ende der Zent-Wirtschaft innerhalb der 3. Internationale bedeutete. Als erster Protest gegen die korrumpierende Tätigkeit des Westeuropäischen Sekretariats kann der Beschluß der Jugend-Internationale hat die „Rote Fahne" [illegible] folgende Erklärung veranlaßt:

„Die „Rote Fahne", das Organ der Reichszentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), veröffentlicht in Nr. 67 vom 22. April einen Aufruf des sogenannten Westeuropäischen Sekretariats in Fragen der Aufnahme der kommunistischen Internationale. Zu dieser Veröffentlichung haben wir zu erklären, daß der Beschluß von einzelnen Mitgliedern des Sekretariats mit Umgehung unseres offiziellen Vertreters in dem Westeuropäischen Sekretariat und ohne dessen Wissen gefaßt und veröffentlicht wurde. Wir stellen fest, daß die am Beschluß mitwirkenden Genossen mit einer einzigen Ausnahme Mitglieder der Kommunistischen Partei (Spartakusbund) sind und alle einer Richtung angehören. Damit werfen sich die Genossen als Richter in einer Sache auf, in der sie selbst Partei: Anklläger und Angeklagte sind. Ohne zu den sachlichen Punkten Stellung zu nehmen, erheben wir gegen dieses, allen Rechtsempfinden hohnsprechende Vorgehen öffentlich und ausdrücklich Protest."

Mit höflichem Geschäftsmeier und der Aufforderung an das Westeuropäische Sekretariat, sich zu äußern, bedeckt die „Rote Fahne" diese Erklärung ab. Die Zentralleitung der KAPD. hat über den Riesenskandal des Tod, der eine schwere Schädigung des Ansehens der dritten Internationale bedeutet, sofort das Exekutivkomitee der 3. Internationale in Moskau, mit dem ein glücklicher Zufall sofortige und schnelle Verbindung ermöglichte, informiert, ebenso die Bruderparteien der westlichen Länder. Mit Gelassenheit sehen wir dem Urteil der ausländischen Genossen und allen sich daraus ergebenden Konsequenzen entgegen.

An das englische, französische und belgische Proletariat

hatte das Exekutivkomitee des Auferstehungs Bureaus der 3. Internationale noch während des Generalstreiks einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. hieß:

„Arbeiter der Entente! Erfüllt Eure Solidarität mit der deutschen Revolution! Fordert von Euren Regierungen die Zurückziehung der Okkupationstruppen und den besetzten Gebieten; Eisenbahner, verweigert jeglichen Transport von Truppen und Material nach Deutschland. Sie alle, beantwortet jeden Versuch Eurer Herrscher, die deutsche Revolutions zu ersticken, mit der Ausarbeitung und Bekräftigung Eurer eigenen revolutionären Aktivität."

Aus Groß-Berlin.

Funktionär-Versammlung.

Die am 18. April abgehaltene Funktionär-Versammlung des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der KAPD. beschloß, folgenden Antrag des 9. Unterbezirks in den Unterbezirken zur Diskussion zu stellen: „Sämtliche Mitglieder der KAPD. haben aus den Gewerkschaften auszutreten und sich der Betriebsorganisation (Allgemeine Arbeiter-Union) anzuschließen."

Die Versammlung nahm ferner gegen wenige Stimmen folgende vom 7. Unterbezirk vorgelegte Resolution an: „Die Funktionär-Versammlung erklärt, daß vorgekommene Versammlungssprengungen mit der KAPD. als Organisation nichts zu tun gehabt haben. Festgestellt ist, daß in zwei Fällen Sprengungen von einzelnen Personen ohne Wissen und Billigung der KAPD. ausgegangen sind. Obgleich die Funktionär-Versammlung derartige Vorgänge sich psychologisch sehr wohl erklären kann, hält sie eine derartige Kampfesweise nicht für angebracht, sondern stellt nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Kampf sachlich zu führen ist. Die KAPD. verwirft den individuellen Terror, sie beabsichtigt lediglich, die Masse des Proletariats zu selbständig denkenden Menschen zu erziehen."

Die Maifeier der KAPD.

Die Maifeier ist im Bezirk Groß-Berlin der KAPD. als ein Tag der Umschau im Kampfe begangen worden. Zahlreiche gut besuchte Versammlungen fanden statt, die auch von zahlreichen Genossen der USP. aufgesucht worden waren. Unsere Referenten gingen auf die Bedeutung des Weltfeiertages ein und entwickelten das Programm der KAPD.

Die Frage des Zeitungsvertriebs.

Die letzte Bezirksführer-Sitzung nahm folgenden Antrag an: „Die Bezirksführer beschließen, daß in Zukunft jeder Bezirk verpflichtet ist, die Betriebe, die seinem Bezirk angeschlossen sind, mit Zeitungen zu belegen. Außenstehende Bezirke dürfen keine Zeitungen außerhalb ihres Bezirks umsetzen. Ausnahmen dürfen nur dort gemacht werden, wo der Bezirk organisatorisch nicht in der Lage ist, die Betriebe zu belieferen."

Hoch die unterschiedliche Lebenshaltung!

Ein Genosse der USP. schreibt uns: „Die Freiheit" beschäftigt 11 Redakteure, 75 Genossen im kaufmännischen und 74 im technischen Betrieb. Die Redakteure beziehen 1500 Mk. Monatsgehalt, stehen sich mit Einkünften aus Referenten-Tätigkeit, öffentlichen (Parlaments-)Mandaten 2c. auf 2200—3000 Mk. monatlich, die weiblichen Angestellten dagegen beziehen Gehälter von teilweise 500 bis herunter zu 250 Mk. monatlich. Ein Annoncen-Aquisiteur der „Freiheit" bezieht 1500 Mk. monatlich mit 5% Provision. Wo bleibt die Einheitlichkeit der Lebensführung?" Wenn die Arbeiter in der USP. sich derartige bürgerliche Methoden in internen Dingen des Parteigetriebes gefallen lassen, ist's ihre Sache.

Aus der Partei.

Braunschweig für die KAPD.

Die überwiegende Mehrheit der Braunschweiger Mitgliedschaft hat sich für die KAPD. erklärt. Dem Beispiel eines Vertreters der Zentralleitung der Partei folgte das Referenten des Bezirkes der Spartakusbundes Genos. Lorenz Ausführungen lieber völlig kalt.

Genossen der KAPD.!

Benutzt alle Wahlversammlungen, um als Diskussionsredner unsere Grundsätze zu propagieren und insbesondere die Indifferenten über die Schäden des parlamentarischen Parteibetriebs aufzuklären! Trotzt allen Versuchen, Versammlungen zu sprengen, mit Entschiedenheit entgegen. Versammlungssprengung bedeutet Zerstörung der Aufklärungsmöglichkeit!

Dem Andenken der 32 Matrosen.

Als bemerkenswerte Erscheinung der revolutionären Literatur registrieren wir das erste der „Kampf-Bücher für die Revolution", die von unserem Genossen Friedrich Wendel in fester Folge herausgegeben werden. Das erste dieser Bücher bringt eine epische Dichtung von Friedrich Wendel: „Die Erhebung der Matrosen (Zum Andenken an die ermordeten 32 Kameraden der Dollsmarine-Division)." Genosse Wendel [illegible] einem Stil, die die Mitte hält zwischen hinreißendem Pathos und dem Stammeln eines revolutionären Zuschlages. Es ist ein Spiel der großen Gefühle, besonders die in die letzte Zeile vom großen Glauben an die kulturelle Mission des Kämpfenden Proletariats. Eich Pegins'l hat das Blatt mit einer Holzschnitt-Vignette geschmückt.

Verantwortlicher Redakteur: Fiedel, Berlin. Druck: J. E. Andersen, Hamburg; Wittenberge & Co., Berlin in Hamburg.

Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Freitag, 7. Mai, abends 7 Uhr in den Pharussälen, Müllerstraße 142

Sonntag, 9. Mai, vorm. 9½ Uhr im Vergnügungspalast Groß-Berlin (Kliems Festsäle), Frankfurter Allee 11-15

Große öffentliche Volksversammlungen

Tagesordnung:

Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung.

Referenten: Genosse Dr. Heinr. Laufenberg, Hamburg
Genosse Fritz Wolffheim, Hamburg.

Zur Deckung der Unkosten werden 50 Pfennig am Saaleingang erhoben.

Berliner Zentrale.

Nummer 93 — Kommunistische Arbeiter-Zeitung — Preis 20 Pfennige.

Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin

Die kommunistische Bewegung in Amerika.

Vom Europäischen Büro der Kommunistischen Partei Amerikas.

I.

Die Weltmachtstellung des amerikanischen Kapitals und der amerikanische Imperialismus.

Die Geldschränke des amerikanischen Kapitals sind nicht nur die herrschenden Mächte in Amerika selbst, sie sind auch zugleich der Schutzwall der Weltreaktion. Der große Krieg, in den die Vereinigten Staaten von Amerika durch die ungeheure Aufhetze von Kriegsmaterial hineingedrängt wurden, die Entwicklung der großen Reserven überschüssigen Kapitals, die Uebernahme der finanziellen Weltmacht durch den amerikanischen Kapitalismus und besonders die Unfähigkeit der alliierten Regierungen, die Zinsen und das Kapital der Millionen von Dollars zu zahlen, die von den Finanzleuten von Wall-Street vorgeschossen worden waren, auch im Falle, daß der Sieg in diesem großen imperialistischen abenteuerlichen Spiel sich den Hochkapitalisten zuneigen sollte, — dieser Krieg hat nach den Vereinigten Staaten alle die Hauptmassen der Unterdrückung getragen, die früher nur in den monarchischen Teilen Europas vorhanden waren. Und diese sind in den Händen einer Gruppe von Menschen konzentriert, welche aus der Staatsregierung, mit Thomas Woodrow Wilson an der Spitze, besteht.

Die Bevölkerung dieser ehemaligen kapitalistischen Demokratie — der Länder der Freien und der Heimat der Tapferen" — ist jetzt nur eine Marionette in den Händen der Washingtoner Kabinetts unter der sorgsamen Aufsicht von J. P. Morgan & Co., mit Zweigbüros in New-York.

Vor dem Beginn der Beteiligung Staaten in diesem riesenhafte europäische Menschenschlächterei war das amerikanische Volk ohne Zweifel dem Krieg abgeneigt. Aber seit die Kapitalanlagen der Finanzleute von Wall-Street in den alliierten Ländern und die den alliierten Regierungen gewährten Anleihen mit jedem Vorrücken der Armeen der Zentralmächte auf alliiertem Gebiet mehr und mehr in Gefahr geraten, wurde der amerikanische Kapitalismus besorgt für die Zukunft seiner Gläubiger und besonders für die eigene Tasche.

Es gab nur einen Weg, die Situation zu retten; und das war der sofortige und energische Einsatz der amerikanischen Hilfskräfte und der amerikanischen Menschenmassen in den Mahlstrom von Blut. Den Kapitalisten fand dabei jedoch ein großes Hindernis im Wege: die für den Krieg nicht vorbereitete offentliche Meinung. In Kaffees und Theatern, in Tanzsälen und an andern öffentlichen Orten, an Straßenecken und in jedem Gasseninkel wurde noch immer gesungen: „I did not raise my boy to hee a soldier" (Ich habe meinen Jungen nicht aufgezogen für den Krieg). Und in den Herzen aller Wähler stand es noch immer geschrieben, wie bei Wilsons Wahl zum Präsidenten: „Er hat uns vom Kriege bewahrt." Die Männer der Regierung wußten sehr wohl, daß man die Bevölkerung dumm im Kopfe machen mußte, um einen glücklichen Krieg führen zu können.

Die Aufgabe war keine leichte. Denn es war klar, daß die arbeitenden Klassen Amerikas, ohne Kenntnis der Sachlage, wie sie waren, nicht einsehen konnten, warum sie sich entschließen sollten, für die Interessen ihrer Kriegsherren zu Felde zu ziehen, — dieser blutigen Hetzer von Homestead und Pueblo, Lawrence und Saluta, Bisbee und Cour d'Alaine.

So saßen die amerikanischen Geldmagnaten sich zwischen Hammer und Ambos. Auf der einen Seite waren sieben Milliarden Dollars auf dem Spiel, auf der anderen war der chaotische Zustand mangelnder Vorbereitung. Nach einigem Zögern entschlossen sie sich, die Nachteile der letzteren zu korrigieren, und sobald das geschehen war, den entscheidenden Schlag zu führen. Die Folge davon war, daß im Kongreß ein Gesetz nach dem anderen durchgepeitscht wurde, um Sr. Exzellenz, dem Präsidenten, die Machtfülle eines amerikanischen Sulla *) zu verleihen.

Zwei weitere Dinge waren notwendig: eine Entschuldigung dafür, daß Amerika in den Krieg eintrat, ein Schlagwort, um die große Masse des Volkes zu lähmen, und ein erfahrener Volksredner, der dieses Schlagwort „Zum Wohle des Volks" überall predigen sollte. Auch diese Aufgabe wurde dem ehemaligen Universitätsprofessor Thomas Woodrow Wilson übertragen; ob er dafür ein Honorar erhielt oder nicht, ist schließlich gleichgiltig für die Zwecke dieses Aufsatzes.

Dieser Exemplar hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort das große Grammophon des Staats-Departements aufzuziehen, der ein stiller Teilhaber der Kapitalismus ist und zur Zeit hauptsächlich aus dessen politischen Beamten besteht, die von der demokratischen Mehrheitspartei gewählt sind, um im Regierungskabinett die Kapitalisten zu vertreten, deren Interessen in gewisser Beziehung mit denen anderer führender Parteien unter einen Hut gebracht werden können: nämlich mit denen der Republikaner. Das Leitmotiv der Melodie dieses Grammophons war beständig: „Demokratie gegen Autokratie"; „Selbstbestimmung aller Völker"; „Krieg um die Welt zur Rettung der Demokratie"; „Schutz für die Rechte der arbeitenden Klassen" usw. usw.

In der Tat waren diese Phrasen nur ein Leim für die Dummen; denn niemals in der ganzen Weltgeschichte hat eine Regierung, in welcher die Herrenklassen das Uebergewicht hatten, einen Krieg im Interesse der unterdrückten Klassen erklärt. In der Tat war auch das ganze Programm der 14 Punkte von A bis Z eine gemeine Lüge, dazu berechnet, denjenigen Sand in die Augen zu streuen, deren Beistand der amerikanische und alliierte Kapitalismus zu einem erfolgreichen Kriege brauchte. Für diese Behauptung dienen als schlagende Beweise der Versailler Frieden, die Stellungnahme der Alliierten gegenüber der russischen Arbeiterrepublik, ihre Haltung zur Frage der unterdrückten Bevölkerung Irlands, Indiens und des Baltischen Provinzen.

Der schwindelerregende Phrasen wurden in die Welt posaunt, nicht weil die amerikanische Regierung auch nur entfernt daran dachte, eine Klinge für unterdrückte Völker stark zu ziehen, sondern einfach, um die augenblicklichen materiellen Interessen der Morgan und Rockefeller zu schützen, die durch den Krieg in Gefahr gekommen waren.

Nachdem der Krieg erklärt und die Aushebung der amerikanischen Jugend zur feststehenden Tatsache geworden war, bildete Se. Exzellenz der Präsident ein Komitee für öffentliche Information, mit einem Mister George Creel an der Spitze. Das Ergebnis der Arbeit dieses Komitees war die Umwandlung aller Schulen, Theater, Bibliotheken, Kanzeln und der Presse in Werbebureaus, in Organisationen, deren Zweck es war, das Volk zur Gewaltätigkeit aufzustacheln, und in Zentren der Rankküne und Lüge — und alles das auf Kosten des Volks". Ein gewisser Mister Sisson erhielt ungefähr 200 000 Dollar für die Herstellung gefälschter Dokumente, aus denen hervorgehen sollte, daß die Genossen Lenin und Trotzki bezahlte Agenten des deutschen Generalstabs seien. Die staatliche subventionierte Presse und die Kanzeln Lehren es nicht an Lemöhnungen fehlen, um auch die klaren Köpfe mit der Kriegs-Psychose anzustecken; an die 100 Personen wurden gehängt, über 1000 getötet und gelähmt; mehrere hundert schwer verwundet, und man setzte Haß gegen die, welche sich diesem verderblichen System widersetzten und Wilsons 14 Punkte nicht anerkannten. Dieser Haß ist einzig das „Verdienst" der Demokraten, der amerikanischen Presse und der Geistlichkeit.

Jeder Akt, jede Bekanntmachung oder Meinungskundgebung, die von diesem Komitee oder irgendeiner andern Stelle der Regierung ausging wurde als heilig angesehen und der Allmächtige möchte den schützen, der es wagte, dagegen aufzumucken! Zum Unglück für die Männer der Regierung und für den monopolisierten Nachrichtendienst, gelang es diesen nicht, auch jene zu bestechen, die sich ihre gesunde und gerechte Denkart zu bewahren gewußt hatten. Darum mußte das Justiz-Departement — ein Institut, dessen schmutzige, aufreizende und heimtückische Methoden noch weit unter die unter den Romanow — 300 Jahre lang in Rußland wirkende Okhrana stellen — das sogenannte Spionagegesetz von 1917 schaffen, dessen Entwurf vom Kongreß angenommen und vom Präsidenten unterzeichnet wurde, die niemals imstande sein werden, ihre Hände von dem Blut und den Tränen ihrer Opfer aus den Reihen des kämpfenden amerikanischen Proletariats zu reinigen.

*) Römischer Diktator im alten Rom.

Zum Maiaufruf.

Unsere Genossen Laufenberg und Wolffheim haben einen Aufruf in der Mainummer der Kommunistischen Arbeiterzeitung geschrieben, den sie irrtümlich als vom Zentralausschuß der KAPD. gebilligt ausgaben. Wir sehen uns zu der Erklärung veranlaßt, daß ihre politische Einstellung in Beziehung auf die Frage „National" usw. von der Redaktion der Berliner Zeitung, von der Mitgliedern des prov. Geschäftsführenden Ausschusses, wie auch von den auf dem Parteitag anwesenden Delegierten aus dem Reich nicht geteilt wurde.

Wir sind des Glaubens, daß die KAPD. es vertragen kann, innerhalb ihrer Organisation sachlich zu dieser politischen Auffassung - Stellung nehmen zu können, ohne daß darunter die aufbauende Arbeit leidet. Wir bitten daher unsere Genossen, nicht mit Voreingenommenheit und hereinfallend auf die taktischen Manöver unserer Gegner, denen nur an der Zertrümmerung unserer Organisation gelegen ist, die Frage des sogenannten Nationalbolschewismus zu diskutieren.

Ein Gruß über den Ozean.

Verschiedene amerikanische Genossen wurden sich durch einen Kurier an den Genossen Wolffheim mit der Bitte, ihnen Aufschluß über die politischen Verhältnisse und die revolutionäre Bewegung zu geben. Sie erhielten folgende kurze briefliche Antwort:

Hamburg, den 1. Mai 1920.

Werte Genossen der Kommunistischen Partei von Nord-Amerika.

Ein Genosse, der häufig nach drüben kam, brachte mir die Grüße des Genossen M. und anderer Genossen, mit denen ich vor nun fast 10 Jahren zusammen in der deutschen Sprachgruppe der Sozialistischen Partei tätig war. Allen diesen Genossen, die nun wohl über drei Parteien verteilt sind, sende ich die herzlichsten Grüße zurück. Zugleich übergebe ich den Genossen einen Aufruf der neugegründeten Kommunistischen Arbeiterpartei, der ich angehöre, und eine kleine Schrift: Kommunismus gegen Spartakismus, die über die theoretischen Grundanschauungen Aufschluß gibt, die zur Spaltung innerhalb der KPD. (Spartakusbund) und zur Gründung unserer Partei geführt haben. Die einigen deutschsprechenden amerikanischen Genossen, die sich der Kämpfe erinnern, die wir seinerzeit als Opposition in der deutschen Gruppe in Neuyork geführt haben, und die dann im „Bowaris der Pacific Küste" in San Francisko ihren politischen Ausdruck fanden, werden manchen alten, ihnen wohlbekannten Gedanken wiederfinden. Der alte Kampf zwischen Parlamentarismus und Massenaktion, zwischen Führer- und Massenbewegung, zwischen der straff zentralisierten Leitung einer von oben her aufgerichteten Organisation und dem Bestreben, den Massen innerhalb der Organisation in vollem Umfange die Selbstbestimmungsrecht zu sichern, wird jetzt erst in der revolutionären Bewegung Deutschlands zu Ende gekämpft. Und dieser Kampf innerhalb der Organisation hat eine Bedeutung, die weit über das formale Organisationsproblem hinausgeht. Der lokalen und territorialen Autonomie der Massen entspricht notwendig die Forderung der vollen nationalen Autonomie der Völker; entspricht die Auffassung, daß die dritte Internationale, die erst im Werden begriffen ist, in ihrer Vollendung die „Föderation der Nationen" sein muß, was für Marx und Engels selbstverständlich war, den Marxisten" aber nur schwer in die Köpfe geht. Die Differenzen über die Grundanschauungen proletarischer Politik und Organisation, die nun in Deutschland dazu führten, daß zwei proletarische Parteien nebeneinander bestehen, die sich kommunistisch nennen, sind den amerikanischen Genossen wohl nur sehr unvollkommen und teilweise ein-